



Wir zahlen nicht für **EURE Krise!**

Für eine solidarische Gesellschaft - Menschen vor Profite

Wir sind empört über die 480 Mrd. Euro Bürgschaft für marode Banken bei gleichzeitiger Bezahlung hohe Managergehälter und zusätzlichen Bonuszahlungen an die Bankrotteure!

Das sind pro Einwohner 6.000 Euro

und die werden sie nach der Bundestagswahl bei uns holen wollen.

Nicht mit uns! Die Profiteure müssen zur Kasse gebeten werden! Deshalb beteiligen wir uns an der bundesweiten Großdemonstration am Samstag, den 28.3.2009 in Frankfurt.

Wir demonstrieren für Sofortmaßnahmen, die den Opfern der Krise helfen und gleichzeitig den ökologischen und demokratischen Umbau der Wirtschaft vorantreiben.

Wir haben einen Bus organisiert. Dieser fährt um 9 Uhr ab am Tor 1, Daimler-Werkteil Mettingen. Die Fahrt kostet 20€. Geplant ist im Anschluss an die Demo gemütliches Zusammensein entweder in Frankfurt oder auf der Rückfahrt nach Mettingen. Um besser planen zu können, bitten wir um Anmeldung bei den Betriebsräten der Alternative. Aber auch, wer sich spontan zur Mitfahrt entscheidet, wird von uns nicht abgewiesen werden, solange noch Platz im Bus ist.

In Frankfurt ist folgender Ablauf vorgesehen:
Demonstrationsbeginn: 12 Uhr, Hauptbahnhof
Abschlusskundgebung: 15 Uhr, Römerberg

Kommt mit uns und zeigt eure Empörung über die von der Bundesregierung organisierte Verschwendung von Steuergeldern!



Statt einem Schutzschirm für Spekulanten fordern wir mit den Organisatoren der Demonstrationen in Frankfurt und Berlin:

- Umfangreiche Investitionsprogramme in Bildung, Umwelt- und Klimaschutz, öffentliche Infrastruktur und Gesundheit.
- Einen sozialen Schutzschirm für Beschäftigte, Erwerbslose und RentnerInnen: armutsfester gesetzlicher Mindestlohn, weg mit Hartz IV und Agenda 2010. Rücknahme des Renteneintrittalters 67. Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverzicht statt Massenentlassungen und Arbeitslosigkeit. Die notwendige Konversion z.B. der Automobilindustrie darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten stattfinden
- Dass die Profiteure die Kosten der Krise bezahlen: Mit einer Sonderabgabe auf große Vermögen, einer Millionärssteuer und einer höheren Besteuerung arbeitsfreier Einkommen (z.B. Kapital- und Spekulationsgewinne). Der Bankenrettungsfonds muss von den Banken finanziert werden. Eine “Bad Bank”, die lediglich die Verluste sozialisiert, darf es nicht geben.
- Die demokratische Ausrichtung von Wirtschaft und Banken. Der private Bankensektor muss gesellschaftlich kontrolliert und am öffentlichen Interesse orientiert werden. Die Steueroasen sind endlich zu schließen. Das weltweite Finanzsystem muss reguliert und demokratisch kontrolliert werden. Hedgefonds und andere spekulative “Instrumente” sind zu verbieten. Betriebe, die öffentliche Finanzhilfe bekommen, dürfen nicht entlassen. Die Beschäftigten brauchen Veto-Rechte bei grundlegenden wirtschaftlichen Entscheidungen. Das politische Streikrecht muss für alle gelten.
- Dass die Krise nicht auf die Menschen des globalen Südens und die Natur abgewälzt wird. Maßnahmen gegen die Klimakatastrophe und den weiteren Raubbau sind überfällig und müssen schnell umgesetzt werden. Geld zur Bekämpfung der Armut und für solidarische Entwicklung der Welt muss zur Verfügung gestellt werden. Die Liberalisierung von Finanzmärkten und Handel ist zu stoppen und zurückzunehmen.